

CDU will Sozialarbeiter halten

Partei kritisiert Senat und reicht Bürgerschaftsantrag ein

VON MATTHIAS LÜDECKE

Bremen. Die Bremer CDU hat sich für den Erhalt der zusätzlichen Schulsozialarbeiter ausgesprochen. Wie berichtet, stehen 50 von ihnen allein in Bremen zum Jahresende vor dem Aus, weil die Finanzierung des Bundes ausläuft. Eine Möglichkeit, das Programm, das derzeit mit Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes finanziert wird, aus dem Landeshaushalt weiter zu führen, sieht der Senat nicht.

Nach der Linken fordert nun aber auch die CDU, dass die Stellen erhalten bleiben. Die Fachkräfte seien eingearbeitet und erfüllen in den Schulen eine unverzichtbare Aufgabe, sagte der bildungspolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Thomas vom Bruch. Es sei daher wichtig, dass diese Stellen erhalten bleiben. Die CDU-Fraktion hat einen entsprechenden Antrag für die Stadtbürgerschaft eingereicht. Darin fordert sie den Senat auf, die Fortsetzung der Arbeit der zusätzlichen Schulsozialarbeiter dauerhaft sicherzustellen. Die dazu nötigen Mittel soll er einerseits im kommenden Doppelhaushalt für die Jahre 2014/2015 bereitstellen. Andererseits soll er „umgehend und nachdrücklich“ Gespräche mit dem Bund aufnehmen.

Vom Bruch verbindet den Antrag mit deutlicher Kritik am Senat. Er wirft ihm Untätigkeit vor. Seit zwei Jahren sei bekannt, dass die Finanzierung befristet sei, und dennoch habe der Senat nichts unternommen,

um sie zu sichern. Zudem könne er nicht einfach auf eine Fortsetzung der Finanzierung aus Bundesmitteln setzen. Auch vom Bund erwarte er größere Gesprächsbereitschaft, sagte vom Bruch, die Initiative müsse jedoch vom Land ausgehen – und dieses müsse auch deutlich die Bereitschaft zeigen, das Programm zumindest mitzufinanzieren.

Die Sprecherin von Bildungsministerin Eva Quante-Brandt (SPD), Christina Selzer, wies die Kritik zurück. „Wir sind natürlich nicht untätig gewesen, sondern haben uns für die Weiterfinanzierung der befristeten Stellen eingesetzt“, sagte sie. Daher habe Bremen auch zusammen mit Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die zum Ziel hat, nicht abgerufene Mittel aus dem Bildungspaket für die Finanzierung der Sozialarbeiter einzusetzen.



CDU-Politiker Thomas vom Bruch fordert den Erhalt der 50 zusätzlichen Schulsozialarbeiter.

FOTO: KOCH